

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Das Blatt geht mit Ausnahme der Feiertage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, bezugsfrei bei Bestellungen monatlich 4,30 Mk., durch unsere Vertreter zugestellt in der Stadt monatlich 5 Mk., auf den Lande 5,50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Posten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Märgen des Bezugspreises.



Einzelnenpreis 1,20 Mk. für die 6 gelieferten Kopypapier oder deren Äquivalent, die 2 halbjährigen Kopypapier 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bestellungen können im nächsten Teil über den (letzten) die 2 gelieferten Kopypapier 3 Mk. Jahresabonnement 30 Mk. Anzeigenpreise sind bestimmt am 30. Juli. Für die Abgabe der durch General Dammhagen übertragenen, die neue Ausgabe, über Abgabe und Preis, wenn der Betrag durch Staats eingeschrieben werden muß über der Abgabestelle in Aussicht gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentenamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inzeratenteil: Arthur Fschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 158.

Sonnabend den 9. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Am 6. Juni 1921 ist die Frist zur Bezahlung der 2. Rate der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs abgelaufen. Die Entrichtung derselben wird mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß am 18. d. M. — ohne nochmalige besondere Mahnung — mit der zwangsweisen Verreibung begonnen werden wird.

Der Betrag der 2. Rate, d. i. $\frac{1}{2}$ der Abgabe, ist vom 6. Juni bis zum Zahlungstage mit 5% zu verzinsen; Zinsbeträge unter 5 Mark werden jedoch nicht erhoben.

Die Finanzkasse hat Postfachkonto Dresden 30065 und Stadtt Girokonto Nossen Nr. 721.

Bei Ueberweisung ist die Angabe der Sollbuchnummer unbedingt erforderlich. Nossen, am 6. Juli 1921.

Finanzamt.

Um irtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, wird hiermit bekanntgemacht, daß das Mieteinigungsamt keine allgemeine Mietsteigerung, insbesondere auch keine Steigerung der Friedensmieten um 80% genehmigt hat. Es wird vielmehr wie bisher über die Zulässigkeit einer Steigerung von Fall zu Fall entschieden werden. Wilsdruff, am 8. Juli 1921.

Das Mieteinigungsamt für die Stadt Wilsdruff.

Grumbach.

Sonnabend den 9. Juli vormittags von 9—12 Uhr auf hiesiger Freibank Rindfleisch in rohem Zustande. Grundpreis 6 Mark. Grumbach, am 8. Juli 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Deutsche Reichstag vertagte sich bis Anfang September.
- * Die Reparationskommission hat ihre Finanzabteilung ermächtigt, Deutschland die Goldausfuhr von Summen unter 10000 Mark zu gestatten.
- * In einem Erlass an die Mitglieder der früheren ostpreussischen Ortsverbände dankt der Oberpräsident Sieber den Bedenken für ihre Tätigkeit. Die Auflösung hat sich ohne Zwischenfall statt in der vorgeschriebenen Zeit vollzogen.
- * Die diesjährige Konferenz der deutschen Bischöfe findet in Fulda vom 23. August ab statt.
- * Der Vertreter der russischen Sowjetregierung Sigor Kopp hat beim Auswärtigen Amt in Berlin gegen die Ausweisung des russischen Goldbeauftragten Kresinski aus Bayern Beschwerde erhoben.
- * Die englische Mittelmeerflotte hat sich vor Konstantinopel versammelt.
- * Aus Guatemala ist die Nachricht eingetroffen, daß die dortige Regierung das deutsche Eigentum freigegeben hat.

Steuerflut.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Nach wochenlangen Beratungen des Kabinetts, bei denen, wie man weiß, manche auch jetzt noch nicht übermündeten Gegensätze der Auffassungen zu klären waren, und nach den mannigfaltigsten Vermutungen und Vorschlägen, die außerhalb der Regierung zu dem Thema der Aufbringung unserer Reparationslasten gemacht wurden, ist nun der Reichstag mit einem Programm vor die Öffentlichkeit getreten, welches in großen Zügen — allerdings nur in flüchtigen Umrissen — die Wege angibt, auf denen die Regierung versuchen will, dem Reiche die nötigen Milliarden zu verschaffen. Das Programm gliedert sich deutlich in zwei Hälften. Neben der Besteuerung von Besitz und Einkommen steht die Verlastung des Verbrauches. Mit andern Worten, direkte und indirekte Steuern sind, wie in jedem Steuerprogramm, so auch in diesem vorgesehen, und zwar sollen sie diesmal in ansehlicher Höhe aufgelegt werden. Bei den direkten Steuern erwartet man von einer sogenannten Veredelung des Reichsnotopfers und von einer Wiederholung der Körperschaftsteuer, daneben aber in erster Linie von einer Verbesserung der Steuererhebung, soweit es sich auf die Veranlagung und Erhebung aller direkten Steuern bezieht, große Erfolge. Von einer Erhöhung der Einkommensteuer ist nicht die Rede. Weit zahlreicher sind die Pläne der Regierung, die sich auf Erhebung neuer indirekter Steuern beziehen. Eine ganze Reihe von Verbrauchsartikeln wird mit neuen oder mit erhöhten Abgaben belegt. In allererster Linie die Kohle, von der trotz einer nur mäßigen Erhöhung der bestehenden Steuern der Löwenanteil des gesamten Ertrages erwartet wird.

Es wäre im Augenblick nicht am Platze, die einzelnen Steuerprojekte einer näheren Betrachtung zu unterziehen, denn erstens hat der Kanzler selbst darüber noch gar nichts Einzelnes mitgeteilt, und dann muß vor allem beachtet werden, daß die Entwürfe, die im Finanzministerium vielleicht zum Teil schon fertiggestellt sind, voraussichtlich noch erhebliche Abänderungen erleiden werden, ehe sie Gesetzeskraft erlangen. Wohl aber kann man dem ganzen Programm bereits jetzt ansehen, daß es im wesentlichen eine mittlere Linie zwischen den politischen Auffassungen zu finden sucht, die bereits innerhalb des Reichskabinetts ebenso im Gegensatz zueinander standen, wie sie voraussichtlich in noch viel schärferer Form bei den Reichstagsdebatten im Herbst aufeinanderprallen werden. Große und neue Gedanken finden sich in diesem Gesamtplan nicht. Obwohl die Giffen, mit denen das Steuerprogramm arbeitet, hoch in die Milliarden gehen, haftet doch dem ganzen Plan ein gewisser Zug der Jagdsaftigkeit an. Es fehlt vor allem jede Andeutung der großen wirtschaftlichen Umgestaltung, die man in Kreisen der Sachverständigen für unerlässlich hält, wenn die Reichsfinanzen wirklich eine grundlegende und durchgreifende Kräftigung erfahren sollen. Am ehesten liegt noch die Andeutung des Kanzlers in dieser Richtung, daß das Reich möglicherweise an den Gewinnen der Industrie direkt durch Anteilnahme oder Dividendenbezüge beteiligt werden könnte. Im übrigen aber ist außer diesen auch nur ganz andeutungsweise mit-

gestellten Plänen kein weiterer Schritt von dem engeren feuerrechtlichen Gebiet in der Richtung einer Wirtschaftsreform getan worden. Gerade darauf aber kommt es an, denn man weiß auch in den Kreisen der Regierung recht gut, daß mit Steuern allein die uns obliegenden Aufgaben schlechterdings nicht zu erfüllen sind. Um diese Fragen aber ist der Kanzler ebenso wie um das schwierige Problem der Erhöhung der Kohlenpreise auf den Weltmarkt, welches von sozialistischer Seite angeregt worden war, vorsichtig herumgegangen, offensichtlich, um politische Auseinandersetzungen, die leicht zu einer Krise führen könnten, vorläufig zu vermeiden.

Es wirkt wie eine bittere Ironie, daß der Versuch der Regierung, ein Programm aufzustellen, welches der Erfüllung des Ultimatums dienen soll, letzten Endes nichts anderes als ein schlagender Beweis für die Unerschütterlichkeit eben dieses Ultimatums geworden ist. Aus der Rede des Kanzlers allein ging das klar nicht hervor, aber diese Rede darf auch nicht ohne die Ergänzung betrachtet werden, die ihr im Reichstage durch die Reden der Parteivertreter zuteil wurde. So wies Dr. Helfferich nach, daß unser gesamtes Volkseinkommen ungefähr 24 Milliarden im Jahre ausmacht, und daß davon etwa 150 Milliarden durch Steuern verschlungen werden, wenn wir alle Lasten abühren wollten. Daß das eine glatte Unmöglichkeit ist, bedarf weiter keiner Erörterung, und das Steuerprogramm des Kanzlers steht ja auch insgesamt nur einen Betrag von etwa 20 Milliarden vor. Während nun aber der Kanzler unseren Bedarf mit etwa 100 Milliarden ansetzt, so daß nur 20 Milliarden ungedeckt bleiben, für die er abermals die Kohle zur Deckung heranziehen will, entsteht nach der Rechnung von Dr. Helfferich ein Fehlbetrag von etwa 70 Milliarden. Dr. Helfferich steht mit seiner Ansicht übrigens nicht allein, und man wird es besonders beachten müssen, daß auch im Reichswirtschaftsrat, also von einer besonders sachverständigen Stelle, an der der Kanzler sein Programm unmittelbar vor der Reichstagsrede ebenfalls dargelegt hatte, Bedenken in der gleichen Richtung geltend gemacht worden sind. Nicht bezeichnend war es auch, daß der gesamte Reichstag mit Einschluß der Einströmungen, die Dr. Helfferich beim Beginn seiner Rede durch einen minutenlangen tosenden Lärm unterbrachen, dann doch in offener Spannung zuhörte, als Helfferich seine Zahlen anführte, gegen die auch der Kanzler keinen Widerspruch erhob, obwohl Helfferich ihn ausdrücklich darum gebeten hatte, er möge ihn berichtigen, wenn er sich in einzelnen Punkten irren sollte.

Mit der Aufnahme seiner Programmrede durch den Reichstag kann der Kanzler trotz der sachlich scharfen Kritik recht zufrieden sein. Er konnte jedenfalls bei fast allen Parteien den guten Willen feststellen, ihn bei seinen Versuchen zur Lösung der übernommenen Aufgaben nach Kräften zu unterstützen. Man weiß zwar heute schon, daß es sich um einen Versuch mit untauglichen Mitteln handelt, und daß ganz andere Wege beschritten werden müssen — es sei hier nur an die Vorschläge erinnert, die zur Erhebung der deutschen Produktion durch vermehrte Arbeitsleistung gemacht worden sind — wenn man das Problem mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen will.

Der Reichstag befindet sich in einer Stimmung, die in höchst eigentümlicher Weise aus aniem Willen und gleichzeitiger Resignation gemischt ist. Nicht gegen den Kanzler, dessen Optimismus und Verantwortungslosigkeit auch von seinen Gegnern anerkannt werden, richten sich die Spitzen der Kritik, sondern in erster Linie gegen die Entente, deren verfehlte Gewaltpolitik und zu solchen für das Wirtschaftsleben mörderischen Experimenten zwingt, wie sie in dem neuen, überdies noch unfertigen und vor allem unzureichenden Steuerprogramm zu finden sind. Das Ergebnis der künftigen Beratungen dieses Programms wird daher wohl darauf hinauskommen, daß man aus alledem nur erneut die durch ziffernmäßige Beweise erhärtete Überzeugung gewinnt, daß das Ultimatum trotz unserer besten Willens in seinem vollen Umfange nicht erfüllt werden kann, und daß es die Sache der Entente ist, auf dem von ihr eingeschlagenen vorhängisvollen Wege einen guten Schritt zurückzugehen, wenn sie nicht den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit die schwersten Schädigungen auch für sich selbst herbeiführen will.

Polnischer Betrug.

Der vorgetauschte Abzug der Insurgenten. Der deutsche Insurgentenrat in Oberschlesien hat im Besien des Generals Hofer festgestellt, daß seitens der Polen keine dem Abkommen entsprechende Räumung erfolgt ist. Die Insurgentenbehörden arbeiten weiter und werden von den Franzosen in ihrer amtlichen Eigenschaft beschäftigt. Von polnischer Seite wird auch kein Gebot daraus gemacht, daß die Insurgenten in aller Eile zu verkommen werden. Die Insurgenten sind zum größten Teil, nachdem sie Entlassungsgelder erhalten haben, in ihre Ortschaften zurückgekehrt, doch haben sie Gewehre sowie Munition mitgebracht. In den Wäldern des Industriegebietes befinden sich große Waffenlager aller Art. Die Insurgenten gehören großen organisierten Geheimverbänden an, die ihre bestimmten Waffen- und Sammelplätze haben. Sie befinden sich stets in Alarmbereitschaft. Auf Wladyslawitz erfolgte ein neuer Angriff.

Die Insurgenten drangen unter heftigem Feuer bis in das Innere der Stadt vor. Dort plünderten sie die Läden, raubten und nahmen Straßenpassanten als Gefangene mit. Dem französischen Kommandanten gelang es, den ersten Bürgermeister, der ebenfalls gefangen war, frei zu bekommen.

In Katowitz schleppten unbekante Banditen eine Eierhandgranate in die Wohnung eines Deutschen. Seine 24jährige Ehefrau, Mutter von sieben Kindern, wurde getötet und großer Sachschaden anrichtet. Circa 100 deutsche Bergarbeiter, die im Vertrauen auf die Räumung nach Charlottengrube bei Ratibor zurückgekehrt, wurden von den Polen gefangen weggeschleppt. Man befürchtet einen allgemeinen Grubenaufruhr.

Der Beuthener Zwischenfall.

Zu den Beuthener Vorgängen läßt die Interalliierte Kommission erklären, daß der bei den Unruhen ungelommene französische Major ohne Zweifel einem hinterlistigen Vorbe zum Opfer gefallen sei. Die Kugel sei aus nächster Nähe aus einem Revolver abgefeuert worden. Die Vernehmung jedoch hat ergeben, daß die Tötung durch eine Wechrtugel erfolgt ist. Gewehre sind aber an dem kritischen Tage bestimmt nur in den Händen von Polen und Franzosen gewesen, weil die deutsche Entlassung tatsächlich bis auf den letzten Rest, namentlich in den Städten, durchgeführt ist. Die Interalliierte Kommission hat im Verfolg der Unruhen die Ausweisung des ersten Bürgermeisters Stephan von Beuthen verfügt.

Die französischen parlamentarischen Kreise beschäftigen sich anhaltend mit dem Tod des Majors Montalgre in Beuthen. Der Kammerausschuß für Äußeres erklärte, seinen letzten Beschluß, die Sanftionen nicht aufheben zu lassen, nun mit doppeltem Nachdruck vertreten zu müssen. Auf eine Anfrage an den Kriegsminister Barthou erklärte dieser, die Regierung warte erst den Bericht der Kommission in Opatow ab, ehe sie erwägen könne, ob und welche Genugtuung sie fordern solle.

Polenwag — Terror

Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Polenwag, wie er vor dem polnischen Aufstand bestanden hat. Die Pässe müssen also ein französisches Visum tragen. — In die Interalliierte Kommission in Opatow hat die deutsche Bevölkerung des Kreises Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem auf den unerhörten Terror der Polen hingewiesen und um schnelle Hilfe gebeten wird. Auch aus der Umgebung von Ratibor wird das Auftreten neuer bewaffneter Banden gemeldet, die in der alten Weise die deutschgesinnte Bevölkerung mißhandeln und verschleppen.

Eine Unterredung mit Hofer.

General Hofer, der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, erklärte einem Pressevertreter in Opatow, von wo aus er den Abtransport und die Auflösung des deutschen Selbstschutzes leitet, daß die Räumung Oberschlesiens, dem Abkommen mit der Interalliierten Kommission entsprechend, vollkommen beendet sei. Die Verantwortung für den Schutz der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens liege nun allein auf der Interalliierten Kommission. Der General sprach von den militärischen Leistun-

gen seiner Truppen mit bewegten Worten der Anerkennung, die in schwierigen und undankbaren Verhältnissen Außerordentliches geleistet hätten. Für ihn als Führer sei es sehr schwer gewesen, dieses ellig zusammengepresste Volksgewühl zu disziplinieren, da unter der Fülle der Zusammengekommenen natürlich auch ungeeignete Elemente gewesen seien. Es müsse jedoch anerkannt werden, daß der gute Geist in der Truppe und die Kameradergerichte die regelwidrigen Requisitionen und Plünderungen sehr rasch verhindert hätten. Zum Schluß betonte der General, daß die Unterstützung des oberösterreichischen Befreiungskampfes durch deutsche Volksgenossen aus allen Teilen des Reiches für ihn das größte Erlebnis nach dem Ende des Krieges war. Die nationale Einigkeit, die in Oberösterreich von allen Parteien geboten worden sei, hätten ihm den Rücken gedeckt. Der Selbstmord habe sich ein hohes Verdienst erworben, weil er weite Landstriche Oberösterreichs vor der polnischen Invasions gefährdet hat.

Eine amerikanische Anleihe?

Sicherstellung durch die beschlagnahmen deutschen Werte. In New Yorker Finanzkreisen wird davon gesprochen, daß Deutschland demnächst Amerika Eröffnungen wegen der Aufnahme einer Anleihe machen werde. Deutschland wolle, daß die in Amerika beschlaggenommenen deutschen Güter der Aufsicht eines Rates deutscher und amerikanischer Kuratoren übergeben werden sollen, die auf Lebenszeit ernannt werden sollen. Dies würde die Ausgabe einer Anleihe von 800 Millionen Dollar gestatten, die durch Privatbanken garantiert werden würden, die durch Privatbanken in dieser Richtung die Zustimmung verschiedener Banken und verschiedener deutscher Eigentümer erhalten habe, deren Güter in Amerika beschlaggenommen worden sind. Die Bankiers seien dieser Lösung nicht abgeneigt, unter der Voraussetzung, daß die finanziellen Operationen zur Wahrung des Dollar und nicht die deutsche Mark haben werden. Der Fortgang der Verhandlungen hängt von der Haltung Washingtons ab.

Bertragung des Reichstages.

(133. Sitzung.) **Ch. Berlin, 7. Juli.** Eine Anzahl kleinerer Vorlagen wurde heute ohne Erörterung in allen drei Lesungen verabschiedet, nachdem gestern in vorgerückter Stunde der Gesamt-Rachtragsrat erledigt worden war. Unter den heutigen Vorlagen befand sich das deutsch-russische Ergänzungskommunikation über die Beihilfen der beiderseitigen Kriegsgesangenen und Zivilinternierten. Der Entwurf über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Vinnenschiffahrt und die Errichtung von Kleinschiffverhältnissen wurde in zweiter Lesung angenommen. Bei der dritten Lesung des Gesetzes über anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung wurde die Vorlage in der Ausschlußfassung angenommen. Beim Gesetz über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das alsdann an die Reihe kam, wiederholte die Abg. Frau Hagedorn (U. Soz.) ihre abgelehnten Anträge auf Erhöhung der Unterstützung. Nachdem noch die Abg. Frau Baum (U. Soz.) und die Abg. Frau Zesch (Zentr.) gesprochen hatten, wurde die Abstimmung einstweilen ausgesetzt, da die Anträge der Abg. Frau Hagedorn noch nicht vorlagen.

Weiter beschloß das Haus, die Genehmigung zur Strafvollziehung der Abgeordneten Goellein (Komm.) und Kömmer (Deutschn.) wegen Verletzung der Bewilligung. Hierauf folgte die gemeinsame Beratung der Gesetze über Verdrängungsschäden, Kolonialschäden und Auslandsschäden. Die erste Vorlage bezieht sich auf diejenigen Deutschen, die aus den verlorenen Gebieten und Elend-Verhältnissen und dem Osten verdrängt worden sind. Verbunden mit den Vorlagen ist eine Entschädigungsordnung, durch die die Organisation über das Verfahren der Behörden geregelt wird, von denen die Entschädigungen und Vergütungen für jeden Schaden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses zu bewilligen sind. Hierzu gehört außerdem der Ertrag für Aufwendungen für rechtswidrige Verurteilung, Verhaftung, Internierung, Verhinderung der Ausfuhr und Ausweisung, der Ertrag für Gewaltsamkeit, Brand, Entziehung sowie der Ertrag für Verlust an Erwerbseinkommen, für verlorene und beschädigte Sachen und eine Pauschalsumme als Ersatz für den Verlust der Existenz. Der Ertrag bezieht sich für alle drei Gesetze auf 18 Milliarden Mark. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde das Verdrängungsschädengesetz genehmigt, ebenso das Kolonialschädengesetz und das Auslandsschädengesetz. Die dazu gehörigen Ent-

schädigungen nebst einigen in der letzten Verhandlung angenommenen Entschädigungen, ebenso die Entschädigungsordnung. Alle Gesetze wurden hierauf auch in dritter Lesung genehmigt.

Die Vorlage über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge wurde unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen angenommen. Sodann wurde der Gesetzesentwurf über das Reichswirtschaftsgericht dem Reichsausschuß übergeben.

Abg. Brandes (U. Soz.) berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses für Volkswirtschaft betreffend die Gewerkschaften.

Abg. Plettner (Komm.) erklärte u. a., die Erwerbslosigkeit kann nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems vermindert werden. Wenn die Gewerkschaften nicht die 10 Punkte anerkennen, die von den Arbeitslosen aufgestellt sind, werden die Arbeiter über diese weggehen und ihren Kampf ohne sie führen. Als der Redner in seinen weiteren Ausführungen auf einen Jurist der Rechten erwiderte, die Mitglieder der Rechten seien abgelehnte Demagogen, wurde ihm ein Ordnungsruf erteilt.

Abg. Dismann (U. Soz.) wies auf die Forderung der deutschen Arbeiter hin. Etwa 3000 Mann seien von der Entlassung bedroht. Wir haben den Redner, fuhr der Redner fort, 12 Milliarden in den Rücken geworfen, aber wo ist die Kontrolle darüber, wo das Geld geblieben ist.

Reichsarbeitsminister Demms erwiderte, die Regierung werde in dem einen Falle — dem von Elbing — nochmals versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Plettner (Komm.) und des Abg. Simon-Franke (U. Soz.) wurde die Vorlage angenommen. Ein Antrag Müller-Franke (Soz.), wodurch arbeitslos gewordenen Arbeitern der entgangene Lohn durch die Statistik oder durch Anordnungen ersetzt werden solle, die durch Materialsperrung eine Stilllegung veranlaßt haben, wurde bei Abstimmung des Hauses mit 129 Stimmen gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Nachdem noch einige unwesentliche Punkte teils erledigt, teils auf eine spätere Zeit hinausgeschoben worden waren, verlegte sich das Haus bis zum 6. September.

General Stenger freigesprochen.

Erlass zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Leipzig, 7. Juli.

In dem letzten Kriegsschuldigenprozeß wurde gestern das Urteil gefällt. Es lautete gegen Major Erntius wegen fahrlässiger Tötung auf zwei Jahre Gefängnis und Verlust des Rechtes zum Tragen der Offiziersuniform. Die Untersuchungsdauer von fast fünf Monaten wird auf die Strafe angerechnet. General Stenger wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß General Stenger am 12. August 1914 in einer Unterredung mit seinem Stabe eine abfällige Kritik über das heimische Verhalten verwundet und gefangener Franzosen geübt habe. Er habe dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei diesem hinterlistigen Verhalten der Franzosen eine entsprechende Vergeltung deutscherseits zu erwarten sei. Die Form eines Beschlusses habe der General nicht gewählt. Später soll er den Offizieren und Truppen zugewiesen haben, daß keine Gefangenen gemeldet werden sollen. Was er solche Aufregungen auch getan haben, so steht doch fest, daß ein bestimmter Befehl nicht gegeben worden ist. Das Milderungsmaß muß auf das Konto des Majors Erntius gelegt werden. Mit Ausnahme des 1. Bataillons, bei dem Erntius kommandierte, war in keinem einzigen Truppenteile ein Erschießungsbefehl Stengers bekannt. Es scheiden aber bei Erntius alle Fälle aus, die sich auf den 20. August beziehen, denn am Abend dieses Tages war er seiner freien Willensbestimmung infolge seines Weisungsrechtes beraubt. Anders dagegen am 21. August. An diesem Tage war der Angeklagte nicht betretet gefesselt, daß er nicht fern seiner Entschuldigungen gewesen wäre. Wenn der Angeklagte behauptet, es habe sich seitens General Stenger um einen bestimmten Befehl gehandelt, so habe er nicht richtig zugehört oder nicht richtig aufgefaßt; wäre er überlegt und aufmerksam gewesen, so hätte die schwerwiegenden Folgen vermieden werden können, denn er mußte wissen, daß es sich um die Tötung von Verwundeten oder Gefangenen handelte, die wehrlos gemacht waren und nicht mehr die Kraft hatten, für ihr Vaterland einzutreten. Strafmildernd mußte in Betracht gezogen werden, daß sein Gesundheitszustand nicht normal war, staatsgefährdend aber war, daß er durch seine Maßnahmen das Ansehen des deutschen Heeres schädigte.

In Paris hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Freisprechung Stengers bereits die übliche „Enttäuschung“ hervorgerufen. In besonders scharfer Form verleiht der „Matin“ dieser Enttäuschung Ausdruck.

Die Reichsregierung und die sächsische Regierung haben die Strafbehörde in Leipzig beauftragt, die Vorläufe nach W-

schluß des Prozesses festzustellen. General Stenger war bei Verlassen des Gebäudes freudig begrüßt worden, während die Entlassungsfeier mit Blau-Rufen empfangen wurden. Es sollen Verhaftungen getroffen werden, um die Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse auszuschließen.

Der Stenografie-Prozeß.

Der neue Kriegsschuldigenprozeß, der inzwischen vor dem Reichsgericht begonnen hat, knüpft unmittelbar an den Stenografie-Prozeß an. Angeklagt ist der jetzt beim Reichswehrministerium beschäftigte Oberleutnant Adolf Laube aus Charlottenburg, der im August 1914 einen französischen Hauptmann, nachdem ihm die Epauletten abgerissen worden waren, niedergeschossen haben soll. Der Oberreichsanwalt erblüht in dieser Tat, vorausgesetzt, daß sie sich als wahr erweist, vorläufigen Mord. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und schildert den Sachverhalt folgendermaßen: In den Räumlichkeiten bei Saarburg habe er einen französischen Hauptmann, der beauftragt war, gefangen genommen. Der Hauptmann habe sich aber gewehrt, die Waffen abzugeben, und um sich geschlagen, so daß er (Laube) zur Seite gezogen sei. Verschiedene Leute seiner Kompanie hätten nun gerufen: „Schieß doch den Franzosen nieder!“ Er habe das verwehrt und nochmals auf den Gefangenen eingedrückt, mit der Faust gefaßt, den Reichsstag erheblich früber einzuübersetzen, falls Vorläufe auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dies erforderlich machen sollten.

Stenografie Meldungen.

Reichstagsarbeit im Herbst.

Berlin. Für die Herbsttagung des Reichstages steht die Beratung von Steuerentwürfen auf der Tagesordnung der ersten Sitzung. Der Präsident erhält die Erlaubnis, die Sitzung noch etwas hinauszuschieben, falls die Steuerentwürfe bis dahin noch nicht eingegangen sein sollten. Weiter erhält er die Ermächtigung, den Reichstag erheblich früber einzuübersetzen, falls Vorläufe auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dies erforderlich machen sollten.

Kein Kriegszustand Griechenland—Rußland.

London. Nach einer Meldung aus Smyrna hat Ichtischewin den griechischen Premierminister drathlos gefragt, ob die Nachricht von einer griechischen Kriegserklärung an Rußland auf Wahrheit beruhe. Ministerpräsident Gounaris habe in seiner Antwort die Meldung für vollkommen unrichtig erklärt. Griechenland bestehe sich nur mit den Rumelien im Kriegszustand.

Englisch-irische Verhandlungen.

London. Der politische Mitarbeiter des „Evening Standard“ bemerkt, daß nach dem neuen Konferenz mit den irischen Unionisten in Dublin der Premierminister De Valera und seine Kollegen nach London zu der vorgeschlagenen Konferenz mit Lord George gehen wollen. Sie müßten jedoch einen neutralen Vorsitzenden, am liebsten Smuts, einem Waffenstillstand in Irland steht das Hindernis entgegen, daß De Valera die Kampfgruppen der Sinnfeiner nicht in der Hand hat.

Japan in Ostibirien.

London. Im Unterhaus lagte der Unterstaatssekretär des Außen in Antwort auf eine Anfrage, die englische Regierung sei von der japanischen Regierung benachrichtigt worden, daß diese angesichts der unruhigen Verhältnisse in Ostibirien gesungen sei, Garnisonen in Vladivostok, Sachalin und verschiedenen Orten der Seezooberfläche zu unterhalten, bis ein verbindliches Abkommen mit der gegenwärtigen russischen Regierung erzielt sei. Soviel die britische Regierung wisse, sei die Insel Sachalin von Japan nicht annektiert worden.

Der amerikanische Friedensbeschluss.

Washington. Hier wird jetzt die Frage geprüft, ob eine Friedensproklamation notwendig ist. Die Friedensentscheidung des Kongresses stellt nach amerikanischer Auffassung für den Augenblick weder den Frieden der noch die diplomatischen Beziehungen. Dies könnte erst geübt werden durch einen Sondervertrag, falls die amerikanische Regierung nicht beabsichtigt, den Versailles Vertrag als Grundlage für den Frieden zu benutzen. Ein solcher Vertrag müßte die Wiederannahme normaler Beziehungen mit Deutschland vorsehen, einschließlich der Begegnung des Versalles der deutschen Güter, der amerikanischen Ansprüche auf Schäden, die Deutschland verursacht habe, der amerikanischen Ansprüche auf Schiffe und Patente, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, der Repatriierung und des Ertrages von Ausgaben durch die amerikanischen Besatzungstruppen.

* **Leute rühmlicher.** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft sagt in einer Veröffentlichung, trotz der Aufhebung der Höchstpreise für Zündhölzer sei für den Verbraucher mit einer Preisverabstimmung in nächster Zeit nicht zu rechnen, vielmehr mit

Mag auch die Liebe weinen...

48] Roman von Fr. Lehne. Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

Da schrie sie schmerzlich auf, aber mitleidslos fuhr er fort, indem er zornig auf sie herabsah.

„Ja, Jutta, Du warst mit das Höchste, das Heiligste — warst die Sonne in meinem Leben, das arm genug an Freuden ist. Und Du selbst hast den Altar, den ich Dir errichtet habe, zerstört. Kein Gott kann wieder aufrichten, was Du so leichtfertig vernichtet hast! Zuerst glaubte ich, daß ich's nicht ertragen könnte — da dachte ich daran,“ er schlug auf seinen Gewehrstoßen. Sie stöhnte auf und warf einen schmerzlichen Blick auf ihn, wagte, nach seiner Hand zu fassen, doch er schob sie unwillig hinweg. „Ja, daran habe ich gedacht — dann aber sagte ich mir: um ein schlechtes Weib —? Nein! Du bist ein Mann, komme drüber weg! — Und ich bin drüber weggekommen —“ sprach er, den Mund verziehend, mit einem tiefen Atemzuge.

Ihr Schluchzen rührte ihn nicht. Hart sprach er weiter: „Von Anfang an bist Du Dir ja klar gewesen: heiraten werde ich den armseligen Förster nicht! Es sollte Dir eine angenehme Bestreitung sein, gelangweilt hast Du Dich hier... Und der Tor — er glaubte Dir, Deinen Lockungen, Deinen Versprechungen! — Wenn Du dann zuletzt wenigstens noch den traurigen Mut gehabt hättest, mir zu sagen: es kann doch mit uns beiden nichts werden, ich habe mich getäuscht, füge Dich drein, dann wüßte ich Bescheid! — Du aber gehst hin und verlobst Dich plötzlich mit einem Mann, den Du — gleichviel, ich will lieber nicht wiederholen, wie Du manchmal über ihn geurteilt hast — verlobst Dich mit Herrn von Hellwig ohne äußeren Zwang. Und das wird mir so recht überraschend und hinterhältig beigebracht! — so, als ob der unbedeutende Mensch da in seiner Höflichkeit —“ er verstummte vor Grimm.

Sie rang verzweifelt die Hände.

„Nein, nein, Erich, so nicht, ich wollte Dir schreiben, ich suchte Dich — so höre doch —“

„Nein, ich will nichts hören, genug.“ unterbrach er sie.

„Erich, ich bin schwach und furchtbar — Du weißt das nicht. Aber so schlecht, wie Du denkst, bin ich doch nicht,“ wimmerte sie und sah ihn zu ihm empor, der da wie ein erbarmungsloser Richter vor ihr stand.

zwischen seinen Augenbrauen sich vertieft hatten. Ein schmerzlicher Zug lag um seinen Mund, den sie früher nie gesehen. Ein tiefes Weh und heiße Reue erfüllten sie.

Wenn er sie jetzt in seine Arme gerissen, juchzend hätte sie ihn geliebt und alles vergessen — aber er sah ihre brennende Sehnsucht nicht!

„So, Jutta von Eggert, jetzt sind wir quitt! Wir haben uns nichts mehr zu sagen. Ich wünsche Dir, daß Du so glücklich werden mögest, wie Du es verdienst.“ er lachte ein wenig.

Es überließ sie bei diesem Lachen, so schaurig klang es ihr in die Ohren. Und er dachte daran, wenn er ihr jetzt gelagte, wer er eigentlich war, wen er Vater nannte — es wäre der richtige Abschluß dieser Komödie gewesen! Doch wozu das!

Er pfliff seinem Hund, sahte seinen Gewehrriemen fester und schritt weiter, ohne sich noch ihr umzusehen, die ihre Arme um den Stamm einer Buche schlang, ihre Wangen an die harte Rinde drückte und ihm mit fast irrem Blick nachstarrte, bis er in der grünen Waldesbäumerei verschwunden war.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Vorstellung war zu Ende. In der Garderobe war Leri Berger schweigend ihrer Derrin behilflich, den seibengefüllten Mantel umzulegen, die auch kein Wort sprach. Beide waren noch tief ergriffen von dem Drama des fliegenden Holländers, das erschütternd an ihnen vorübergezogen war.

Schweigend schritten sie die breiten Freitreppen des Hoftheaters hinunter, an deren Füße ihnen mit ehrerbietigem Gruß ein Herr entgegentrat.

„Ah, Graf Altwörden.“

Frau von Matthes streckte, freudig überrascht, dem Legationrat Rüdiger von Altwörden die Hand entgegen, die er auf seine Lippen führte. „Waren Sie auch im Theater?“

„Ja, gnädige Frau, und war mit meinem Bruder. Ich bin ihm vorausgegangen, um Sie noch zu erreichen; denn ich hatte Sie erst nach der Aufführung gesehen. So mußte ich auf das Vergnügen verzichten, Sie schon früher zu begrüßen.“

Er reichte auch Leri die Hand. Veräudend schon sah sie aus. Wie Schnee lag der düstige, weiße Spitzschleier auf ihrem dunklen Haar; ihre Augen leuchteten in sanftem Glanz aus dem wunderhübschen Gesicht, das einen feierlichen Ausdruck trug.

Graf Ottolar trat da zu der kleinen Gruppe. Leri sah ihn zum ersten Male wieder, und sie war erschrocken, wie alt er geworden war. Der Graf war nun ein Mann, wie er einst war.

furchten das Gesicht, die Augen hatten einen müden, erloschenen Blick. Mit warmen, herzlichen Worten begrüßte er Leri.

Man sprach über die Vorstellung, wie großartig die Darstellung der Oper gewesen war.

Da warf der Legationrat die Frage auf, ob man nicht noch ein Stündchen gemächlich zusammen verplaudern wolle.

„Ja, und zwar bei mir, wenn die Herren einverstanden sind und noch ein Glas Tee bei mir trinken wollen! Ich würde mich freuen.“ bemerkte Frau von Matthes lebhaft.

Man nahm an; die vier Menschen schritten am Hoftheater entlang, bogen in die Marschallstraße ein, gingen am Armeemuseum vorüber, durch das Hofgartentor, bis nach der Königsstraße, in der Frau von Matthes wohnte.

Es war ein schöner Winterabend. Silbern glühten das Mondlicht auf dem Schnee. Eine erquickende, klare Luft wirkte doppelt wohltuend nach dem Aufenthalt im Theater; deshalb hatte man verzichtet, diese kurze Strecke zu fahren.

Es fügte sich, daß Rüdiger neben Leri ging. Er hatte sie sehr lange nicht gesehen, hatte auch vermieden, sie zu suchen und zu treffen — er wollte mit seiner törichten Liebe fertig werden. Und doch hatte er ihren Anblick ersehnt. In der unsinnigen Freude, mit der er sie heute Abend im Theater plötzlich entdeckt hatte, fühlte er, daß er sie doch nie vergessen konnte, daß seine Liebe ihn ganz erfüllte und immer tiefer und stärker geworden war.

Unauffällig betrachtete er Leri. Wie schön sie war! Aus dem leicht ausgeschnittenen, weißen Kleide reichte sich ihr weißer Hals so anmutig und trug so stolz den feinen, raffigen Kopf mit dem dunklen Haar, dessen seltsame Schönheit jetzt, nachdem es modern aufgefächert war, viel mehr zur Geltung kam, als in der schlichten Popsfrisur. Ihr wunderbar rein und edel geschnittenes Profil war ihm noch nie so aufgefallen; er wurde nicht müde, sie zu betrachten. Jede Linie entzückte ihn. Er hatte sich bereit, um die Damen ja nicht aus den Augen zu verlieren.

Auf eine Frage Leris bemerkte er jetzt: „Allerdings hatte es Mühe gekostet, meinen Bruder einmal ins Theater zu führen; er gibt sich seinem Kummer zu rückhaltlos hin.“

„Und nun mußte er mich so unvermutet sehen, mich, deren Anblick ihn doch wieder an alles erinnern muß.“ seufzte sie, „bisher Gedanke ist jeder bedrückend für mich.“

„Dazu ist keine Ursache, Fräulein Berger.“

„Und wie geht es Eizzi? Ich habe oft Sehnsucht nach ihr —“

(Fortsetzung folgt.)

einer Preisverhöhung, falls die neue Handelssteuer noch über das Doppelte der jetzigen Steuer hinausgehen sollte. Eine Knappheit an Handlögern ist nicht mehr zu befürchten, da die deutsche Industrie wieder voll arbeitet und gute Qualitäten herzustellen in der Lage ist.

Erzeugung der mexikanischen Petroleumindustrie. Infolge der Erhöhung des Ausfuhrzollens für Petroleum durch die mexikanische Regierung haben verschiedene Gesellschaften ihre Betriebe stillgelegt. Dadurch sind über 10 000 Menschen arbeitslos geworden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 8. Juli.

Die diesjährige Sommerwitterung läßt wieder einmal so gut wie alles zu wünschen übrig. Zwar hat das beispiellos schlechte Wetter, wie wir es während des ganzen Juni zu verzeichnen hatten, etwas erträglicheren Witterungsverhältnissen Platz gemacht. Trotzdem aber sind wir noch weit entfernt von dem, was man unter richtiger Sommerwitterung versteht. Schon hat in nahezu ganz Deutschland die Heuernte unter der Ungunst der Juniwitterung sehr erheblich zu leiden gehabt. Denn das Heu mußte teilweise wochenlang draußen liegen, ehe es endlich trockenete und verlor durch das ständige Auslaugen infolge der unausgesetzten Regenfälle seine beste Kraft. Und wenn nicht bald eine sehr beständige Sommerwitterung Platz greift, so ist zu befürchten, daß wir mit der Getreideernte die gleiche üble Erfahrung machen werden. Das wäre umso mehr zu bedauern, als durch die Preisregelung unserer Brotversorgung nach den Erfahrungen vorausgegangener ähnlicher Maßnahmen unter allen Umständen damit zu rechnen ist, daß selbst bei einer leidlich guten Ernte in der Übergangszeit Versorgungsstörungen eintreten werden. Unter diesen Umständen wollen wir deshalb doppelt hoffen, daß der Ernteausfall an Brotgetreide ein zufriedenstellender sein möge. Denn was im anderen Falle aus einer zusammenbrechenden Brotversorgung sich für unser Volk an innerpolitischen Konflikten ergeben könnte, das wird sich jeder ausdenken können, denn daran liegt, daß in unserem gequälten und niedergedrückten Volke endlich wieder Ruhe, Frieden und lebensfähige Existenzverhältnisse eintreten möchten.

Herleimarkt Wilsdruff. Der heutige Markt war mit 79 Stück Herleim besetzt. Das Stück wurde mit 180 bis 250 M gebandelt.

Befichtigung von Kartoffelanbauversuchen. Die Befichtigung der Versuche des Landesbaurates und der angebauten Kartoffelsorten auf dem Rittergute Dirschfeld, Post- und Bahnstation Deutschdora, Bez. Dresden, steht der Öffentlichkeit jetzt offen.

Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene. Zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene haben Anträge auf Löhnung oder auf Entschädigung für in der Gefangenschaft abgenommene Sachen bei den Kriegsgefangenenstellen eingereicht, die abgelehnt werden mußten, weil sie nicht rechtzeitig eingereicht waren. Da hierdurch häufig empfindliche Härten entstanden sind, hat das Reichsfinanzministerium gewisse Mittel bereitgestellt, um bedürftigen Antragstellern Beihilfen zu gewähren. Die Anträge auf eine solche Beihilfe sind bei den Hilfsausschüssen für ehemalige Kriegsgefangene zu stellen. Dabei sind der Entlassungsschein und vor allem der Ablehnungsbescheid der ehemaligen Militärbehörden mitzubringen. Auch die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hat Anträge zur Verfügung. Die Festsetzung der Höhe der Beihilfen erfolgt durch die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Berlin, unter anteiliger Verteilung

der vorhandenen Mittel. Mit einer Auszahlung kann daher erst Ende des Jahres gerechnet werden. Vom Landesbauratsausschuß für ehemalige Kriegsgefangene wird dabei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß diese von der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene aufgestellten Bedingungen nicht etwa gestatten, daß namentlich alle Heimkehrer ihre für die Zeit der Gefangenschaft in Betracht kommende Löhnung erhalten. Eine Beihilfe kann vielmehr lediglich dann gewährt werden, wenn Löhnungszahlung oder Entschädigung wegen verspäteten Antrages abgelehnt worden sind.

Die Frage der Dessenlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen ist in Wilsdruff angefaßt worden. Der dortige Elternrat hatte an die Lehrerschaft den Antrag gerichtet, ihm Gelegenheit zu geben, dem Unterricht beimohnen zu können. Daraufhin hat die Lehrerschaft folgendes beschlossen: „Zu § 11 Abs. 4 des Ubergangsgesetzes hat die Lehrerschaft Wilsdruff auf Widerruf und vorbehaltlich künftiger gesetzlicher Bestimmungen folgende Richtlinien aufgestellt: 1. Ein Aufsichtsrat der Eltern über die Schule und ein Anspruch der Eltern auf Besuche des Unterrichts bestehen nicht. 2. Allen Eltern wird Gelegenheit gegeben, Kenntnis vom Unterrichtsverlaufe zu nehmen: a) auf Elternabenden; b) durch die Möglichkeit, dem Unterricht ihrer eigenen Kinder jederzeit beimohnen zu können. 3. Die letzte Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eines Unterrichtsbesuches trifft der einzelne Lehrer. Mit ihm haben sich die Eltern mindestens einen Tag vor dem Besuche ins Einvernehmen zu setzen. 4. Der Lehrer kann die Eltern seiner Schüler zum Besuche des Unterrichts einladen. 5. Eintritt in die Klasse erfolgt nur zu Beginn einer Unterrichtsstunde.“

Regimentstag der 104er (altines Regiment „Kronprinz“). Vom Festausflug wird uns geschrieben: Vom 20. bis 22. August findet in Chemnitz der erste Regimentstag des ehemaligen Regiments „Kronprinz“ statt. Um die Unterbringung aller Kameraden sicherzustellen, werden Anmeldungen mit Angabe der Kompanienummer bis spätestens 31. Juli an den Vorsitzenden des Quartierauschusses, Kamerad B. Borger, Chemnitz, Lutherstraße 16, erbeten. Wer sich nicht selbst Unterkunft besorgen kann, muß dies bei der Anmeldung besonders angeben.

Die gefährliche Fahne. Ein Schulausflug aus Vornsdorf in Thüringen durchzog mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen den Ort Wilsdruff. Auf Veranlassung der Polizei mußten die Kinder die Fahne zusammenrollen, da eine Fahne in den Farben schwarz-weiß-rot öffentliches Vergnügen erregen könnte.

Wilsdruff. Beim Ausfragen auf den abfahrenden Zug glitt hier ein gewisser Fiebeler aus Radeburg aus, wurde ein Stück gelöst und mehrfach erheblich verletzt. Mitglieder der Radeburger Sanitätskolonne nahmen sich des Verletzten an und überführten ihn nach dem dortigen Krankenhaus.

Freiberg. Am 1. dieses Monats zeigte ein hier selbst wohnhafter Arbeiter an, daß er von unbekanntem Männern am 26. Juni zum Mitfahren in einem Auto eingeladen worden sei. Er sei auch mitgefahren und dann von den Männern nach Raichen einer Zigarette in bewußtlosem Zustande in einen kinsten Raum gesperrt worden. Am 1. dieses Monats früh gegen 7 Uhr sei er auf einer Wiese in der Nähe Zwidows er wacht. Erörterungen über den Vorgang sind noch nicht abgeschlossen. (Eine rätselhafte Geschichte.)

Bautzen. Ein originelles Inserat finden wir in der „Sächs. Landw. Ztg.“. Es lautet: „Wegen Rücksicht verkaufe meinen Zuchter „Erzberger“, breitbucklig, schwarzweiß gefleckt, Schlappohren, kurze Schnauze, reichlich zwei Zentner schwer, zu 1500 M per Zentner. Thost, Rittergut Schmochitz bei Bautzen.“

Leipzig. Nach einer Aufstellung des Rates fehlen zurzeit in Leipzig 9501 Wohnungen. Jahrzehntelang wird es unmöglich sein, Familien in Leipzig ein Unterkommen zu beschaffen. Im Jahre 1921 sind für den Bau von Kleinwohnungen nicht weniger als 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Schwurgericht Dresden.

Die Tragödie einer Kindesmutter wurde in einer Verhandlung aufgerollt, die sich gegen die 24 Jahre alte Dienstmagd Paula Anna Lehmann aus Weithain richtete. Der Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie am 31. März in Wilsdruff bei Meißen ihr am 3. Februar in der Frauenklinik zu Dresden geborenes Mädchen Irma Erka in den Brunnen des Gemeindevorstandes geworfen und auf so herzlose Weise ermordet habe. Die Lehmann war voll geständig; es ist ein überaus trübes Sittenbild, was sich da im Schwurgerichtssaal widerspiegelt. Im Jahre 1918 hatte die Angeklagte in Zeitz, wo sie damals biente, mit einem gefangenen Seiden ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war; sie mußte auch dann ihren Dienst wechseln. Der kleine Knabe Derbert wurde bereits im folgenden Jahr und dann erneut im November 1920 in Weitz ausgeführt, er befindet sich jetzt in städtischer Pflege. Nach der Entbindung hatte die Lehmann verschiedentlich ihre Dienststellen gewechselt und unter anderen in Blankenstein, Gouernitz, Neukirchen Arbeit angenommen, sie war dabei erneut in Weitz getreten, und zwar mit einem landwirtschaftlichen Arbeiter Hennemann. Auch dieses Verhältnis blieb nicht ohne Folgen, es kam manchmal zu Differenzen, dann wurden beide wieder einig, schließlich zog die Lehmann zu den Eltern des Hennemann nach Limbach, wurde aber am Weihnachtsabend 1920 angeblich auf die Straße gesetzt und irrte dann umher. Schließlich fand die Angeklagte in Dresden in der Frauenklinik Aufnahme, gebar dort am 3. Februar d. J. ein Mädchen, welches die Namen Irma Erka erhielt. Inzwischen war wieder eine Verständigung erzielt worden, die Lehmann zog mit dem kleinen Mädchen wieder zu den Eltern des Hennemann, die selbst gut zu ihr und zu dem Kinde gewesen seien. Es sollen auch etwa vier Wochen verstrichen sein, bis schließlich Hennemann fortgesetzt über das nächtliche Schreien des Kindes Vorhalte machte, und die Kindesmutter gezwungen haben soll, das kleine Wesen des nachts auf den Heuboden zu schaffen. Unerträglich soll der Zustand gewesen sein, alle möglichen Vorschläge habe Hennemann gemacht, um das Kind zu beseitigen, wie die Angeklagte zu den schweren Beschuldigungen des Mordes vor Gericht ausführte. Mehrfach habe der Geliebte gesagt, es verschwinden doch soviel Kinder, er habe geraten, das Kind so zuzubereiten, damit es ersticke, auch habe sie Gift besorgen sollen. Nach erneuten schweren Differenzen will die Lehmann dann am 31. März mit ihrem Kinde nach Meißen gefahren sein. Hennemann habe ihr dazu sieben Mark gegeben. Nachdem sie schon einige Nächte vorher auf den Gedanken gekommen war, das Kind in den Brunnen ihres früheren Dienstherrn zu werfen, habe sie es auch ganz topflos zur Ausführung gebracht, und das in Bettchen befindliche, mit einer Decke umhüllte Kind hinein geworfen, wo es dann am 10. April gefunden wurde. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Röllner forderte Bestrafung wegen Totschlags, der Verteidiger plädierte für Zuhilfenahme mildernder Umstände. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Totschlag und auf mildernde Umstände. Die Angeklagte wurde daraufhin zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

bei den schwersten Strafen verboten, sowie alles, was die Bevölkerung erbittern könnte. Nach der Niederlage Napoleons und seiner Verbündeten bei Aspern und Esslingen bekamen die Oesterreicher Mut, Sachsen zu besetzen in der Absicht, dies Nachbarvolk wieder als ihren Verbündeten zu gewinnen. Deshalb sollte das Besatzungskorps in strengster Manneszucht gehalten werden, um den Sachsen keinerlei Anlass zu Erbitterungen gegen Oesterreich zu geben. Wie wenig sich mit diesem Versprechen das Verhalten der braunschweigischen und hessischen Freiheitskämpfer vereinbaren lässt, mögen folgende Ausführungen zeigen, in denen sich das Schicksal Wilsdruffs und der Nachbarortschaften unter der Besetzung durch die Braunschweiger spiegelt.¹

Am Ende:

— — — Husser solchem strategischen Zwiespalt bereitete die Gemeinschaft mit dem jugendlichen, jedoch souverain selbständigen Herzoge von Braunschweig dem Commando Am Endes vielfache Beschwerden.

Schon in dem am 12. Juni an den Grafen von Riesch zu Prag gerichteten Berichtes mußte er sich aussprechen: „Angesichts meines erhaltenen schärfsten Befehles, dass keine Plünderungen und Excesse verübt werden sollten, sind doch leider schon schreckliche Anordnungen, zu meinem Credit aber nicht von Unseren, sondern von den Braunschweigern und Hessen verübt worden. Alle Klagen kommen zu mir, weil die Proclamation unter meinem Namen herausgekommen ist, und ich kann nichts anderes, als den Kläger an den Herzog und an den hessischen Major (von Heintz) verweisen. Der Herzog, der gar zu gnädig ist, hat zwar die Liebe seiner Leute, aber wenig Furcht, weil sie sich auf seine Herzensgüte verlassen. Unter den Hessen ist nicht die geringste Subordination, vielmehr eine vollkommene Anarchie. (Eine Beilage gab nähere Hushaltung über hier schon verübte Excesse.) Die Braunschweiger requirieren lauter Wein, Punsch-Masse, sogar Kaffee und Zucker, schwelgen Tag und Nacht, sagen unsren Leuten, dass sie Narren seien, sich mit Bier und Brauntwein zu begnügen. — — — Die hessischen Offiziere müssen beständig mit bloßem Säbel sich Gehorsam zu verschaffen suchen.“

Ich bitte Ew. Excellenz um Alles, wenn es möglich ist, mich von diesen excessiven Mühen zu befreien. Ich stehe für unsere Leute und werde sie gewiss in Ordnung erhalten; allein wenn solche noch länger unter dieser bösen Gesellschaft bleiben, so werden sie nicht nur in Grund und Boden verdorben werden, sondern es steht zu befürchten, dass endlich das Landvolk, welches so bieder und brav ist, sich ganz gegen uns auflehnen wird.“

Während nun der Herzog mit seinem Freikorps sich aus der Gegend von Wilsdruff, wo 12000 Thaler erpresst worden waren, nach Meissen wendete, kehrte Am Ende mit dem grössten Teile seines Corps nach Dresden zurück. Nur etwa 1500 Mann waren nach Freiberg entsendet worden. — — —

Selbst Wachholtz sagt die ungeschminkte Wahrheit über das Verhalten der eigenen Leute:

¹ Es sei an dieser Stelle auch verwiesen auf Heimatsblätter (1909 (Band 1) Nr. 6: „Vor 100 Jahren“ von M. Kühne.

Wilsdruff war bei der Verfolgung der Sachsen hart mitgenommen. Unsere Leute hatten viele Häuser aufgebrochen und geplündert; Chüren und Fenster zerschlagen und den wildesten Unfug getrieben. In einem nahen Dorfe brach durch ihre Schuld sogar Feuer aus. Der Herzog war über diese Excesse höchst aufgebracht. Er sah ein, dass es zur Aufrechterhaltung der strengsten Manneszucht notwendig sei, dem Corps ein Beispiel geben zu lassen, das für die Übertreter seines oft wiederholten Gebots nur warnend und abschreckend sein werde. Am andern Morgen wurde ein Husar, welcher der Plünderungen und arger Misshandlungen der Einwohner auf das vollkommenste überwiesen war, nach abgehaltenem Kriegsgericht vom Leben zum Tode verurteilt und sofort vor der Front fusilliert. Mehrere andere jener Plünderer wurden, nachdem man ihnen eine Anzahl Hiebe gegeben, aus den Reihen des Corps sogleich ausgestossen.“ — — —

An anderer Stelle schreibt Wachholtz:

— — — In dieser Zeit wurde der Herzog äusserst schmerzhaft beunruhigt. Über die Excesse, welche bei der Verfolgung der Sachsen in Wilsdruff von mehreren unserer Leute verübt waren und die, wie oben erwähnt worden, den Herzog veranlassten, einen der Plünderer und ärgster Misshandlung überführten Husaren sofort erschossen zu lassen, hatte man an den Generalissimus der österreichischen Armee, Erzherzog Carl, zu berichten nicht verfehlt. Dieser fand sich dadurch bewogen, an den Herzog zu schreiben. Aber unglücklicherweise war der Brief in die Hände des Obersten Thielmann gekommen, welcher denselben öffnete, ihn copieren liess und dann dem Herzog nachsandte. Hierbei hätte es Thielmann bewenden lassen können, doch sein Hass gegen den Fürsten ging soweit, dass er das Schreiben in verschiedenen Zeitungen der Öffentlichkeit übergab. Für unsere Feinde war dieses ein Triumph; ihre Schmähungen, welche sie über uns ausgesprochen hatten, waren nun gerechtfertigt; Räuber, Brigands hiessen wir jetzt von Rechtswegen. Der Brief an den Herzog lautete:

An Se. des Herrn Herzogs von Braunschweig-Oels, Durchlaucht.

Hauptquartier Deutsch-Wagram,
am 18. Juni 1809.

Mit Leidwesen, welches Ew. Liebden gewiss mit mir theilen, habe ich erfahren, dass die Truppen Ew. Liebden sich im Königreich Sachsen Ausschweifungen, Erpressungen und Gewaltthätigkeiten erlaubt haben, welche den Ruf der Armee entehren, die Plackereien des Feindes vergessen machen, und der guten Sache durch die Erbitterung des Volkes höchst gefährlich werden. Ich habe dem Feldmarschalllieutenant Kienmayer, dem ich das Commando der k. k. Truppen in Sachsen übertragen, befohlen, kund zu machen, dass er jeden Excess, gleichviel ob er von k. k. hessischen oder braunschweigischen Truppen begangen würde, nach der ganzen Strenge militärischer Gesetze ahnden solle. Dieses Mittel ist, so lange die Truppen Ew. Liebden nur einen Theil des Armeekorps in Sachsen ausmachen, unerlässlich. Eine Schaar von Leuten, die vor der Hand noch kein Vaterland haben, kann nur durch

¹ Chronik von Wilsdruff v. Behr Vorwerk: Birkenhain; Das Samische Gut Nr. 12; 2. Dgl. Heimatsblätter 27, S. 105; Leutnant Hindemith wurde bei Wilsdruff entlassen.

— Schwurgericht Dresden. Wie uns unser Berichterstatter telephonisch mitteilt, wurde wegen Raubüberfalls auf Herrn Kaufmann Glasse der Holzbildhauerlehrling D. zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis, der Mollereigebilde W. (beide aus Wilsdruff) zu 3 Jahren 8 Monaten Gefängnis und 6 Jahren Ehrenrehabilitationsverlust verurteilt. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Kirchennachrichten — 7. Sonntag n. Trin.
Predigtort: Carl. 8, 1—9.

Wilsdruff.
Kollekte für die notleidenden Oberschlesier.
Form. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Form. 10 Uhr Christenlehre für die weibl. Jugend. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7,30 Uhr Jungmännerverein (Tonhalle). — Abends 7,30 Uhr Jungfrauenverein (Pfarrhaus).

Grumbach.
Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.
Reffelsdorf.
Form. 8,30 Uhr Predigt (P. Zacharias). — Form. 10 Uhr Kindergottesdienst (Pf. Heber). — Nachm. 1,30 Uhr Jungfrauenverein. — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Limbach.
Form. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1,30 Uhr öffentl. Beichte und hl. Abendmahl (Pf. Große-Sora).

Sora.
Form. 8 Uhr Hauptgottesdienst mit Missionsbetrachtung und Sammlung für die Mission.

Blankenstein.
Form. 8 Uhr Predigtgottesdienst. — Form. 9,30 Uhr Kindergottesdienst.

Kath. Gottesdienst am 10. Juli, vorm. 8,30 Uhr, in der Schloßkapelle zu Wilsdruff.

Gasthof Hühndorf.
Sonntag den 10. Juli
Kirschkuchenfest mit Ballmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein 4726 Martha Becker.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Zeltbahn-Anzüge
Engl. Kaki-Anzüge u. Zeltbahn-Anzüge
Bederhosen, feldgraue Hosen
Westen, Röcke, Reithosen, kompl. Anzüge
Mäntel, neue und gebrauchte Decken
empfehlen 4724
Triebe, Meißen, Badegasse 2.
2. Geschäft: Roßwein, Poststraße 15.

Achtung!
Schützenhaus Wilsdruff.
Sonntag den 10. Juli

Groß. Sommerfest.
Von 2 Uhr ab Garten-Konzert.

Von 6 Uhr ab
Großer öffentlicher Ball.
Für Belustigungen jeder Art ist bestens gesorgt.
Hierzu ladet ergebenst ein 4710
Vienzeisler Allgem. Turnverein.

Osrاملampen, gasgefüllt, Halbwatt-Lampen



in allen Kerzenröhren
sofort lieferbar, preiswert
bei Mehrabnahme
Rabatt!

Seien Sie vorsichtig beim
Einkauf von umher-
ziehenden Reisenden! Sie
bezahlen dort viel mehr
haben Postspesen und
extra zu bezahlen und
erhalten vielfach minderwertige und kaputte Lampen.

Ferd. Zotter,
Fennruf 542. Installateurmeister. Fennruf 542.
Familien-Drucksachen
Liefert in neuzeitlicher Ausführung
Buchdruckerel Arthur Zschunke, Wilsdruff.

Gasthof Blankenstein.
Sonntag den 10. Juli 4723
Großes Bogelschießen
vom Gesangverein.
Von 3 bis 7/7 Uhr

Feiner öffentl. Ball.
Großes Bier- und Weinzelt am Plage.
Mit warmen und kalten Speisen wird bestens aufgewartet.
Große Karussellbelustigung.
Hierzu ladet freundlichst ein 4720
Mag Richter u. Fran.

Gasthof Birkenhain.
Sonntag den 10. Juli
Feiner Ball
mit Kirschfest.

Hierzu ladet freundlichst ein 4720
Familie Kirchner.
Geflügelzüchterverein.
Sonntag den 9. Juli
abends 8 Uhr 4724
gemeinschafil. Versamm-
lung mit dem Kaninchen-
züchterverein
b. Gegenpart. Ausstellung betr.
D. V.

Gasthof Grumbach.
Prima
Gefrierfleisch
empfehlen 4722
Paul Bohr.
Velttere zuverlässige
Hausmagd
für 1. August gesucht.
Blankenstein Nr. 25.
Bir kaufen jed. Quantum
Heu
auch von der Wiese weg, sowie
Stroh
und erbitten Angebote
Gebr. Ferch,
Reffelsdorf. 4726
1 Pferde-Decke
in der Struth während der
Auktion verloren ge-
gangen. Wegen gute Be-
lohnung abzugeben bei **Rich.**
Bennewig, Wilsdruff.
Guterhaltener
Kinderwagen
bitte zu verkaufen.
Bahnhofstraße 124 I.

furcht vor dem gemeinschaftlichen Commando im Zaum gehalten werden. Ich muss Ew. Liebden ersuchen, gleichfalls diese Massregel in Ihrer Truppe bekannt machen zu lassen.
Carl.*

6. Des Herzogs Aufruf!

v. Holtzendorff „Biographie Chielmanns“:
— — — Vom feindlichen Corps kehrte der grösste Teil am 1sten nach Dresden zurück, ungefähr 1500 Mann wurden nach Freiberg entsendet. Der Herzog von Braunschweig aber wendete sich nach Meissen, nachdem er den Aufruf an seine Landsleute, d. d. Wilsdruff den 12ten Junius 1809, nochmals und ganz gleichlautend mit dem früher in Zittau ausgegebenen, erlassen hatte.

Wachholtz' Tagebuch:
„Den Aufruf „An meine Landsleute“, welchen der Herzog in Zittau hatte ergehen lassen, liess er d. d. Wilsdruff den 12. Junius“ nochmals ausgeben und vielfach verbreiten.“

Da der Aufruf des schwarzen Herzogs vom 12. Juni 1809, den er vom „Hauptquartier Wilsdruff“ verbreiten liess, mit dem von Zittau, 21. Mai 1809, ergangenen wörtlich übereinstimmt, soll an dieser Stelle wiedergegeben werden, was Wachholtz über dessen Aufnahme und Wirkung im deutschen Volke berichtet.

— — — Aber leider fanden diese Worte des für deutsche Ehre und Freiheit hochbegeisterten Fürsten jetzt, so wie späterhin auf dem Zuge, nicht den gewünschten Anhang. Man las den Aufruf, aber man schritt nicht zur That. Der Kampf der Freiheit, die fränkischen Fesseln zu brechen, sollte da noch nicht siegreich gekämpft werden. Es fing der Herzog in seinen Erwartungen von dem Beitritt seiner deutschen Brüder zu der gemeinsamen Sache des Vaterlandes sich zu enttäuschen an. Stein sagt, man kann auf freiwillige, plötzliche, ausgebreitete, zugleich ausbrechende Insurrektion bei dem Phlegma der nördlichen Deutschen, der Weichlichkeit der oberen Stände, dem Mißlingsgeiste der öffentlichen Beamten, nicht rechnen; man wird vielmehr, wofern es unter dem Schutze einer Armee geschehen kann, Volksbewaffnung, Bildung von Landwehrbataillonen, Recrutenstellung befehlen und den Adel mit Degradation, den Beamten mit Codschiessen, wenn sie Laugigkeit zeigen, bestrafen müssen.“

7. Des Herzogs Persönlichkeit.

Als Abschluss dieser Quellensammlung noch auszugsweise eine kurze Beschreibung der Persönlichkeit des Herzogs aus dem Wachholtz'schen Tagebuche, die dieser Offizier nach dem Eindrucke niedergeschrieben hat, welchen er bei der Unterredung mit dem Herzog über seine Einstellung ins schwarze Korps davontrug.
(Schluß folgt.)

* Der Aufruf ist wörtlich abgedruckt in „Unsere Heimat“ 1. Jahrgang 1909, Nr. 6. In der Heimatsammlung wird ein Originaldruck des Aufrufs gezeigt.
* Das Hauptquartier Wilsdruff des Herzogs war im Schloß.



Zeitschrift für Heimatforschung und Heimatpflege
Wochenheft Nr. 220 „Wilsdruffer Tageblatt“ Nachdruck sämtlicher Artikel auch unter dem Namen der Zeitschrift
Nummer 27 10. Juli 1921 10. Jahrgang

Der schwarze Herzog in unserer Heimat.
12. Juni 1809.

(Seitengang.) Quellenberichte. Gesammelt und bearbeitet von P. Nehme, Freiberg.

E. von Steinwehr (Seconde-Lieutenant im k. pr. Husaren-Regiment v. Gettkandt), Lieutenant (Nachod). Quittierte in Böhmen den braunschweigischen Dienst und trat in das Corps des Kurfürsten von Hessen-Kassel; erschossen bei Bennerich.
Märke (Wachmeister im k. pr. Husaren-Regiment v. Platj), Unteroffizier. In Wilsdruff ins Corps aufgenommen. Gestorben 1829 zu Braunschweig als herzogl. braunschw. Lieutenant in Pension; bei Halberstadt verwundet.
Hindemith (Bergeleve), Lieutenant (Böhmen). Derselbe wurde bei Wilsdruff entlassen.*

5. Das Schicksal unserer Heimatgegend während der Besetzung durch die Braunschweiger.

Als das österreichische Korps im Verein mit den Braunschweigern und Hessen die Grenze Sachsens überschritten hatte, erliess der General Am Ende eine Proklamation an die Sachsen, in der er der sächsischen Bevölkerung versicherte, es sei den österreichischen Kriegern Erpressung und Plünderung

* Vgl. hierzu den Bericht über das Gefecht bei Penntsch.
* Vgl. hierzu: Kerckhoff, Des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig Zug durch Norddeutschland 1809. Berlin 1895. Seite 106: „Ein böhmischer Bergeleve, der als Lieutenant im Husaren-Regiment Inhablung gefunden hatte, mußte in Zwettau wegen eigenmächtigen Marschierens mit Schnepf und Schande aus dem Corps ausgestoßen werden. Nasser ihm waren nur noch sehr wenige ehemalige Freiwilligen in das Offizierskorps aufgenommen.“

Schriftleitung: Verein für Heimat- und Heimatsunde durch Oberleutnant Kähler, Wilsdruff.
Druck und Verlag: Arthur Zschunke, Wilsdruff.